

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 164. Ratssitzung vom 27. Februar 2013

3639. 2011/338

Postulat von Jacqueline Badran (SP) und Dr. Davy Graf (SP) vom 14.09.2011: Erwerb der freiwerdenden Gebäude der kantonalen Polizei und Justiz für gemein- nützige Wohn- und Gewerbenutzungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Dr. Davy Graf (SP) begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 1710/2011): Wenn das Polizei- und Justizzentrum gebaut wird, werden 32 momentan noch von der kantonalen Justiz und Polizei genutzte Liegenschaften frei. Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, welche dieser Liegenschaften er in seine Planung einbeziehen könnte, um seinen Handlungsspielraum zu vergrössern. Er soll prüfen, welche Gebäude der Kanton nicht mehr braucht und sich aktiv um die Liegenschaften bemühen. Der Kanton verkauft nämlich die Liegenschaften im Unterschied zur Stadt immer an den Meistbietenden. Für ihn scheint es keine Gemeinden oder Körperschaften zu geben, die ebenfalls öffentliche Interessen verfolgen. Für Verwaltungsgebäude gilt offenbar eine Sonderregelung, aber es gäbe auch andere Nutzungen der Gebäude. Eine im Kanton eingereichte parlamentarische Initiative hat zum Ziel, die Immobilienstrategie derart zu ändern, dass der Kanton den Standortgemeinden die Gebäude wenigstens zum bilanzierten Verkehrswert weitergeben könnte. Es ist frustrierend, wenn eine Liegenschaft an den Meistbietenden für einen vielfachen Betrag vergeben wird, obwohl sie für Aufgaben öffentlichen Interesses gebraucht werden könnte.

Urs Fehr (SVP) begründet den von Bruno Amacker (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. September 2011 gestellten Ablehnungsantrag: Zum Glück funktioniert der Kanton hier anders als die Stadt Zürich. Wir finden nicht, dass man dem Kanton vorschreiben sollte, ob er der Gemeinde etwas geben sollte. Wenn der Kanton seine Liegenschaften dem Meistbietenden verkauft, kommt das auch indirekt uns zugute. Wir sind von den Steuern her auch Bürger des Kantons Zürich. Der Kanton soll hier bei seiner Haltung bleiben.

Das Postulat wird mit 72 gegen 39 Stimmen dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat